

<b>ANFRAGE</b>  Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 14. Dezember 2009	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>7. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>26.01.2010</b> <b>254</b> <b>21</b> <b>öffentlich</b>
<b>Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf die öffentliche Hand und Kommunen</b>		

1. Welche Auswirkungen wird das Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben auf:

- a. die Kommunen bundesweit
- b. die Kommunen im Land Baden-Württemberg

in Bezug auf Einnahmenausfälle und Mehrausgaben?

2. Wie haben sich kommunale Spitzenverbände zu diesem Gesetzesvorhaben geäußert?

3. Welche Einkommensschichten profitieren erwartungsgemäß besonders von dem Gesetz?

4. Welche Auswirkungen wird das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Haushalt der Stadt Karlsruhe und die Finanzplanung der Stadt haben?

5. Teilt die Stadtverwaltung die auf kommunaler Ebene verbreitete Auffassung, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz aktuell die kommunale Daseinsvorsorge erschwert, für einige Kommunen sogar gefährdet?

6. Welche Maßnahmen schlägt die Stadtverwaltung vor, um zu verhindern, dass die kommunale Daseinsvorsorge für die Bürger/-innen, z. B. das Armutsbekämpfungsprogramm, dadurch nicht gefährdet wird?

### **Sachverhalt/Begründung:**

Nach dem Willen der Bundesregierung soll das Wachstumsbeschleunigungsgesetz am 18. Dezember 2009 abschließend im Bundesrat verabschiedet werden. In Politik

und Medien wird kritisiert, dass Steuereinnahmeausfälle die öffentliche Verschuldung noch weiter hochtreiben, dass vor allem Besserverdienende davon profitieren. Die Kommunen befürchten Steuerausfälle und negative Auswirkungen auf Daseinsvorsorge und Armutsbekämpfung.

unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

15. Januar 2010